

Modernisierung und Gewalt in Mazedonien

Zur politischen Ökonomie eines Balkankrieges

Stephan Hensell

Arbeitspapier

Nr. 5 / 2002

Universität Hamburg - IPW

Forschungsstelle Kriege,
Rüstung und Entwicklung

Research Unit on Wars,
Armament and Development



Anschrift und Bezugsadresse

Universität Hamburg - IPW
Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung
Allende-Platz 1
D - 20146 Hamburg
Telefon 040/42838-3689
Fax 040/42838-2460
Internet: <http://www.akuf.de>

Inhalt

Einleitung	1
Theoretischer Rahmen	3
Modernisierung und Gewalt in Mazedonien: eine Erklärungsskizze	4
Zur Entwicklung sozialer Widersprüche	6
Ethnisierung eines sozialen Gegensatzes	8
Veränderung globaler Kontexte	10
Postsozialistische Opportunitäten: Klientelismus und Kriminalisierung.	10
Postsozialistische Restriktionen: das Problem der Akkomodation.....	12
Gewaltsame Herausforderung des Staates	14
Nachkrieg: Integration der Sieger	15
Ausblick	17
Bibliographie	18

Zum Autor

Stephan Hensell, Dipl.-Pol., ist seit 1999 Mitglied der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) und Mitarbeiter der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung an der Universität Hamburg. Seine thematischen Schwerpunkte sind sozialer Wandel, staatliche Herrschaft und Gewaltkonflikte in postsozialistischen Gesellschaften.

Kontakt:

Universität Hamburg

Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung

Allende-Platz 1

20146 Hamburg

Tel. 040/42838-3231

E-mail: hensellst@aol.com

Zusammenfassung

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien galt lange Zeit als Hoffnungsträger interethnischen Ausgleichs auf dem Balkan. Die 2001 ausgefochtenen Kämpfe zwischen einer albanischen Guerilla und der mazedonischen Staatsmacht haben dieses Bild jedoch erschüttert. Das Papier argumentiert in modernisierungstheoretischer Perspektive, dass die Ursachen des mazedonischen Krieges in sozialen Widersprüchen zwischen der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit zu suchen sind. Mit dem verstärkten Ineinandergreifen globaler Umbrüche und lokaler Dynamiken vermehren sich jedoch auch die Widersprüche innerhalb des albanischen Lagers. Der gewaltförmig ausgetragene Konflikt um den albanischen Minderheitenstatus in Mazedonien ist von einer Konkurrenz albanischer Fraktionen um politische und ökonomische Machtchancen nicht zu trennen.

Einleitung

Der zwischen albanischen Guerillas und der mazedonischen Staatsmacht 2001 ausgebrochene und noch im selben Jahr beendete Krieg ist der vorerst letzte Gewaltkonflikt, der auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens in den vergangenen Jahren eskaliert ist.¹ Aus der Sicht der Akteure des internationalen Konfliktmanagements stellt dieser Krieg ein Debakel dar, denn er trifft ein Land das bislang als Hoffnungsträger galt. Als einzige Republik hatte sich Mazedonien gewaltfrei aus dem jugoslawischen Bundesstaat gelöst. Angesicht der insgesamt vier Kriege auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens, zuletzt in der südserbischen Provinz Kosovo, erschien Mazedonien als Hort der Stabilität. Es galt nicht nur als relativer Erfolgsfall für eine Politik des interethnischen Ausgleichs zwischen der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der zeitgrößten Bevölkerungsgruppe der albanischen Minderheit, sondern auch als Beleg für gelungenes krisenpräventives Einwirken internationaler Akteure (Ackermann 2000). Die diesbezügliche Bilanz wurde bis vor kurzem noch als „eindeutig positiv“ (Willemsen/ Troebst 2001: 315) bewertet. Die EU honorierte den politischen Kurs Mazedoniens mit materiellen Hilfen und verlieh dem Land jüngst einen offiziellen Status als potentieller Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wird die massive politische Intervention der internationalen Staatengemeinschaft in den mazedonischen Krieg verständlich. Die bisherigen „Erfolge“, vor allem aber die staatliche Einheit Mazedoniens, sollte unter keinen Umständen aufs Spiel gesetzt werden. Namentlich die EU und die NATO versuchten deshalb auf das Ziehkind vom Balkan mit aller Macht einzuwirken. Die Bemühungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Die Gefechte ebten nach dem konzertierten Krisenmanagement von EU und NATO im Juli 2001 wieder ab. Einem Waffenstillstand folgte die Ausarbeitung eines Friedensplans, der politische Reformen zur Besserstellung der albanischen Minderheit vorsieht. Die Ratifizierung der Verfassungsänderungen ging einher mit einer NATO-Mission zwecks Entwaffnung

¹ Die Einstufung der Gewaltdynamiken von 2001 als Krieg orientiert sich an der Klassifizierung der Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF). Vgl. <www.akuf.de>

der albanischen Guerilla. In naher Zukunft soll die EU durch ihre militärische oder polizeiliche Präsenz zur weiteren Stabilisierung der Lage beitragen.

Nicht nur um die Problemadäqutheit dieser und anderer friedensbildender Maßnahmen abschätzen zu helfen, will das vorliegende Papier die Ursachen und Ergebnisse des Mazedonienkrieges analysieren. Zugleich will die vorliegende Arbeit einen Akzent gegen die in der Friedens- und Konfliktforschung momentan vorherrschenden Diskurse über Krisenprävention und Peacebuilding setzen. Diese Diskussionen, in denen „Instrumente“, „Mechanismen“ und „Strategien“ internationaler Akteure einen großen Raum einnehmen, haben ein Defizit. Sie tendieren zur Fixierung auf institutionelle Arrangements ohne dabei die sozialen Transformationsprozesse und die Konfliktakteure in den kriegsbetroffenen Gesellschaften ausreichend zu berücksichtigen. Die um die Begriffe Krisenprävention und Konfliktbearbeitung kreisenden Debatten vermitteln zuweilen den Eindruck, dass die Verhinderung oder Verregelung von Kriegen eine Frage der Machbarkeit auf der Seite internationaler Akteure ist.

Demgegenüber soll mit diesem Papier die Eigendynamik eines Gewaltkonfliktes sowie dessen Historizität in den Mittelpunkt gerückt werden. Ziel des vorliegenden Papiers ist es, den kausalen Zusammenhang von Modernisierung und gewaltförmigem Konfliktaustrag in Mazedonien herauszuarbeiten. Dabei soll in historischer Perspektive die Konstituierung der slawisch-mazedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit als Genese einer auf Widersprüchen beruhenden sozialen Figurati-on rekonstruiert werden. Ihr zu eigen ist ein spezifisches politisches und ökonomisches Machtdifferential, das sich jedoch unter veränderten internationalen Bedingungen wandelt. Die Verschiebung der Machtbalancen, so wird argumentiert, geht mit einer tendenziellen Fraktionierung der Konfliktakteure und der Produktion neuer Widersprüche einher. Damit überlagern sich langfristige Prozesse des sozialen Wandels mit postsozialistischen Konjunktoren und prägen sich in Konflikt- und Gewaltdynamiken aus. Von diesen konfliktursächlichen Konstellationen können die gegenwärtigen Friedens- und Stabilisierungspolitiken in Mazedonien nicht abstrahieren, wenn sie auf lange Sicht angelegt sein sollen.

Theoretischer Rahmen

Die im folgenden am empirischen Beispiel zu exemplifizierende Hypothese über den kausalen Zusammenhang von Modernisierung und kriegerischer Gewalt ist aus dem „Hamburger Ansatz“ zur Kriegsursachenforschung deduziert. Dieser anspruchsvolle gesellschaftstheoretische Theorieansatz kann hier nicht dargelegt, sondern nur skizzenhaft umrissen werden.² Die theoretische Leitdifferenz dieses Ansatzes, der sich im weitesten Sinne dem Paradigma der Modernisierungstheorie zuordnen lässt, ist die idealtypisch verstandene Grenzziehung zwischen modernen und traditionellen Vergesellschaftungsformen. Es ist die Grundhypothese des Hamburger Ansatzes, dass die zeitgenössischen Kriege, die heute nahezu ausschließlich in der Dritten Welt und den peripheren postsozialistischen Staaten stattfinden, aus dem konfliktiven Aufeinandertreffen von traditionellen und modernen Sozialformen zu erklären sind. Die Analyse von Kriegsursachen muss deshalb den gesellschaftlichen Transformationsprozess ins Zentrum rücken, in dessen Verlauf traditional strukturierte Lebenswelten umgewälzt und moderne Vergesellschaftungsmuster durchgesetzt werden. Dieser fundamentale soziale Wandel prägt sich in den Übergangsgesellschaften in zahllosen Widersprüchen aus. Sie entwickeln sich sowohl zwischen als auch innerhalb der drei gesellschaftlichen Bereiche Politik, Ökonomie und symbolischer Reproduktion. Die Prozessierung dieser Widersprüche in den Wahrnehmungen der Konfliktparteien ist es, die den Griff zur Gewalt legitimiert und schließlich zur Eskalation von Kriegen und bewaffneten Konflikten führt.

Die Erklärungskraft dieses Ansatzes hat sich bislang vor allem in Bezug auf die kausalen Gründe von Kriegen in der Dritten Welt erwiesen (vgl. Jung et al. 2003). Mit dem vorliegenden Papier soll gezeigt werden, dass sich auch die Ursachen postsozialistischer Kriege mithilfe dieses Ansatzes erklären lassen. Damit verbindet sich die Hypothese, dass sich ebenso in den sozialistischen Staaten traditionale und moderne Vergesellschaftungsmuster verschränkten. Industrielle Strukturen, wissenschaftlich-technologischer Entwicklungsstand und bürokratische Apparate konnten über die Hybridität der staatssozialistischen Gesellschaften nicht hinweg täuschen.

² Der Hamburger Ansatz ist in mehreren Monographien entwickelt und ausdifferenziert worden. Vgl. Siegelberg (1994); Jung (1995); Schlichte (1996) und die jüngste Zusammenfassung und regionale Spezifizierung in Jung et al. (2003).

Sie blieben trotz forcierter autoritärer Modernisierung bis zu ihrem Ende von Herrschaftspraktiken geprägt, deren personaler Charakter Formen traditionaler Herrschaft entspricht.³ Es sind diese Strukturen, die die heutigen peripheren postsozialistischen Staaten prägen. Sie haben sich nicht gegenüber einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ausdifferenziert, sondern sind in traditionale soziale Gefüge eingebettet geblieben (vgl. Hartmann 1998). Grosso modo gilt dieser Befund auch für den Balkan im allgemeinen und Mazedonien im besonderen.⁴

Am mazedonischen Beispiel soll im folgenden die konfliktive Potenz solcher ungeschlossenen Modernisierungsprozesse herausgearbeitet werden. Um dies zu leisten, müssen der dortige Modernisierungsverlauf und die damit induzierten Widersprüche in strukturgeschichtlicher Perspektive rekonstruiert werden. Dann gilt es zu verfolgen, wie diese Widersprüche in sozialen Figurationen prozessiert werden. Als Figuration ist das Interdependenzgeflecht sozialer Akteursgruppen zu verstehen, das sich im Zuge sozialen Wandels herausbildet und das sich durch spezifische Machtbalancen auszeichnet. Der Wandel jeder Figuration geht jedoch mit einer Verschiebung des ihr eigenen Machtdifferentials einher, was im Wege einer prozesssoziologischen Analyse herauszuarbeiten ist, wenn die konfliktursächlichen Bestimmungsgründe von Kriegen erfasst werden sollen (Jung 1995: 193).

Modernisierung und Gewalt in Mazedonien: eine Erklärungsskizze

Ausgehend von dieser Konzeption lassen sich die kausalen Zusammenhänge des Krieges in Mazedonien wie folgt umreißen: die Ursachen des mazedonischen Krieges sind im Prozess der Modernisierung zu suchen, der die beiden Volksgruppen der Albaner und slawischen Mazedonier unterschiedlich stark erfasst und damit eine Vielzahl von gesellschaftlichen Widersprüchen induziert hat. Diese Widersprüche artikulieren sich in einer fortschreitenden Trennung der beiden Akteursgruppen ent-

³ Vgl. statt vieler Srubar (1991).

⁴ Vgl. zum Balkan beispielhaft Sterbling (1993), Bianchini/ Schöpflin (1998); Allcock (2000). Mit dieser Auffassung verbindet sich nicht der ritualisierte Hinweis auf osmanische Kontinuitäten und eine dadurch bedingte Rückständigkeit des Balkan (kritisch zu diesbezüglichen Stereotypen Todrova (1997)). Auch ist nicht die „Tribalisierung“ der Albaner oder anderer Gruppen die Absicht dieser Arbeit. Doch ohne die Berücksichtigung der Strukturen langer Dauer, die die politische Entwicklung der Staaten in der Region mitbestimmen, werden die dortigen gegenwärtigen Dynamiken nicht verständlich.

lang unterschiedlicher sozialer Sphären. Das Kennzeichen dieser Figuration ist die Monopolisierung von politischen und ökonomischen Machtchancen durch die slawischen Mazedonier.

Mit dem Ineinandergreifen globaler Dynamiken und lokaler Prozesse seit Beginn der 1990er Jahre verschieben sich die Machtbalancen dieser Figuration. Der Zwang zur Liberalisierung und Privatisierung ermöglicht den politischen Akteuren beider Lager neue Opportunitäten der Akkumulation politischer und ökonomischer Macht. Im albanischen Lager kommt dies in der Bildung von Parteien und vermehrten Partizipationsforderungen zum Ausdruck. Auf diese politische Mobilisierung reagieren die Machthaber mit der klientelistischen Integration albanischer Gruppen in den Staat. Weil sich damit die Konkurrenz um ökonomische Appropriationsmöglichkeiten intensiviert, gewinnt für die politischen Eliten die Akkumulation von Ressourcen in irregulären Zirkulationssphären an Bedeutung. Die Kriminalisierung der Politik ist die Folge. Sie ist zugleich die Konsequenz der neuen über die Schattenzonen des Weltmarktes vermittelten ökonomischen Chancen.

Die Möglichkeiten klientelärer Inklusion bleiben jedoch innerhalb des albanischen Lagers begrenzt, was zu dessen Fraktionierung in Patronagenetzwerke auf der einen und den Nicht-Integrierten auf der anderen Seite führt. Zu letzteren zählen vor allem die jugendlichen Bevölkerungsgruppen, die sich aufgrund blockierter Migrationsmöglichkeiten, ebenfalls eine Konsequenz veränderter globaler Kontexte, verschärften ökonomischen Restriktionen ausgesetzt sieht. Neben den sozialen Widersprüchen zwischen den beiden Volksgruppen treten damit auch Widersprüche innerhalb des albanischen Lagers, in dem sich postsozialistische Opportunitäten und Restriktionen ungleich verteilen und neue Linien der Inklusion und Exklusion etablieren. Vor diesem Hintergrund formiert sich die mazedonische UÇK als eine bewaffnete Bewegung der Nicht-Integrierten. Die Mobilisierung dieser Bewegung durch die Vertreter der albanischen Diaspora verdankt sich den intensivierten internationalen Interdependenzen, die sich durch die transnationalisierten Handlungsfelder der albanischen Diaspora herstellen. Der Kampf der UÇK um einen besseren albanischen Minderheitenstatus in Mazedonien ist von der Konkurrenz innerhalb des albanischen Lagers um politische und ökonomische Machtchancen nicht zu trennen. Hierin liegt die politische Ökonomie des mazedonischen Krieges.

Zur Entwicklung sozialer Widersprüche

Wie zahlreiche andere kommunistische Systeme hatte auch das titoistische Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg einen bürokratisch-autoritären Modernisierungsprozess forciert. Das damit verbundene Entwicklungsmodell der „sozialistischen Marktwirtschaft“ verhalf Jugoslawien in den 1950er und frühen 1960er Jahren zu einer raschen Industrialisierung, einer kontrollierten Verkleinerung des Agrarsektors, der Ausbildung qualifizierter Arbeitnehmer und einer Verbesserung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten. Die sozialistische Modernisierung verlief jedoch territorial asymmetrisch und erfasste die verschiedenen Republiken und autonomen Provinzen der föderativen Volksrepublik höchst ungleichzeitig. In den nördlichen Republiken des Landes vollzog sie sich schneller und tiefgreifender als in den zentralen und südöstlichen politischen Einheiten. Diese internen Niveauunterschiede verliefen jedoch nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der einzelnen Republiken, die damit nur die soziale und ökonomische Hybridität des Gesamtstaates widerspiegeln (vgl. Allcock 2000). Dies galt auch für die Teilrepublik Mazedonien.

Dort entwickelten sich eine Reihe von Differenzen zwischen der slawisch-mazedonischen Titularnation und der albanischen Minderheit. Die Konstituierung und Unterscheidung dieser Gruppen in Titularnation und Minderheit ist das Ergebnis der von den jugoslawischen und mazedonischen Kommunisten intensivierten Nationsbildung. Die Träger dieses Prozesses, die „symbolischen Unternehmer“, propagierten die Eigenständigkeit der slawischen Mazedonier als Nation und förderten die entsprechende Verbreitung eines nationalen Bewußtseins durch narrative Vermittlung und kulturelle Inszenierung (Troebst 1992: 431-434). Für die lokalen Eliten und die slawische Bevölkerung, die diese nationalen Selbstbeschreibungen übernahmen, ergab sich die Möglichkeit, in der Partei, in der Wirtschaft oder im Bildungssektor zu avancieren und die dortigen ökonomischen Chancen zu nutzen. In der Folge kam es zu einer vergleichsweise raschen kulturellen Assimilierung des Führungspersonals in Staat und Partei (ebd. 424-425).

Der Prozess der Nationsbildung dem Fokus auf die Titularnation eröffnete jedoch in erster Linie den slawischen Mazedonier soziale Akkomodisierungschancen, die sich mit den weiteren Veränderungen der Urbanisierung und Industrialisierung ergaben. Die im Kontext der sozialen Mobilisierung einsetzende Landflucht und Abwan-

derung der slawischen Mazedonier in die Städte schuf räumliche und in der Folge auch gesellschaftliche Distanzen zur albanischen Minderheit. Der soziale Wandel erfasste die beiden Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark und früh. Zwischen ihnen entwickelten sich deshalb grundsätzliche sozialstrukturelle Unterschiede, die auf Ungleichzeitigkeiten im Beharrungsvermögen und Wandel traditionaler Vergesellschaftungsmuster verwiesen. Fortan bestimmte diese Ungleichzeitigkeit den Prozess der Modernisierung in Mazedonien.

Zum Ausdruck kam sie in einer Regruppierung der beiden sozialen Gruppen. Während die slawischen Mazedonier in die Städte abwanderten, verblieben die Albaner auf dem Land, wo sie sich im Agrarsektor konzentrierten (Debats 1979: 79). Mit der Fortdauer agrarischer Produktionsweisen und der entwicklungspolitischen Vernachlässigung der ländlichen Gebiete zugunsten urbaner Agglomerationen wandelten sich die Sozialformen dieser Minderheit nur langsam. In Bezug auf familiären Zusammenhalt, demographisches Verhalten und die Rolle der Frau war die Persistenz traditionaler Vergesellschaftungsmuster kennzeichnend (Roux 1992: 139, 143-153; Mickey/ Albion 1993: 56). Die Reproduktion der albanischen Bevölkerung war dabei von einer ausgeprägten Endogamie gekennzeichnet. Zwischen ihr und den slawischen Mazedoniern wurden sowohl auf dem Land als auch in den Städten nur wenige Ehen geschlossen (Debats 1979: 79; Roux 1992: 140-143). Diese Entwicklungen korrespondierten mit einem ökonomischen und politischen Ausschluss der Albaner. Der Zugang zu Posten im öffentlichen Sektor wurde durch den Nachweis formaler Bildungskriterien reguliert. Zugleich wurde jedoch an den höheren Schulen ausschließlich in der mazedonischen Sprache unterrichtet (Reuter 1993: 25), wodurch anderen Minderheiten der Zugang zu höherer Bildung verwehrt wurde. Der Bildungsausschluss entwickelte sich somit zum Mittel politischer Patronage und der Monopolisierung ökonomischer Chancen. Administrative Positionen und Stellen in den sozialistischen Unternehmen wurden von slawischen Mazedoniern besetzt. Dagegen blieb die albanische Minderheit in den Parteiapparaten und im öffentlichen Sektor durchweg unterrepräsentiert (Palmer/ King 1971: 179-180). Die Konsequenz dieser Entwicklung war die zunehmende Emigration der Marginalisierten. Der Abwanderung albanischer Studenten an die Universität Priština der benachbarten jugo-

slawischen Provinz Kosovo folgte später vielfach das Exil in den westlichen Staaten der OECD-Welt.

Der Prozess der Modernisierung in Mazedonien lässt sich als Entwicklung einer Akteursfiguration beschreiben, die im Rahmen der Staatsbildung mit einer Monopolisierung von Machtchancen auf Seiten der slawischen Mazedonier einherging. Diese Ausbildung von Machtbalancen wurde von einer Trennung der beiden Gruppen entlang unterschiedlicher sozialer und ökonomischer Sphären begleitet. In ihren Sozialbeziehungen schlossen sich die Albaner nach außen hin ab. Da sich diese Schließungsprozesse im Kontext des sozialen Wandels vollzogen, bewirkten sie im Ergebnis die Konsolidierung traditionaler Vergesellschaftungsmuster und damit die „traditionale Schließung“ ihrer Milieus (vgl. Sterbling 1993: 130-138). Demgegenüber waren die slawischen Mazedonier weit stärker dem sozialen Wandel ausgesetzt, was sich in strukturellen Widersprüchen verfestigte.

Ethnisierung eines sozialen Gegensatzes

Prozessiert wurden diese Widersprüche entlang ethnischer Linien, weil die sozialen Schließungsprozesse auf der Basis askriptiver Merkmale erfolgten. Die durch die Modernisierung induzierten Widersprüche artikulierten sich als fortschreitende ethnische Segregation. Zum Ausdruck kam dies in einer niedrigen Anzahl von Mischehen, der Persistenz von Sprachbarrieren, unterschiedlichen ethnischen Milieus und der Tendenz zur Bildung homogener Siedlungsgebiete (Mickey/ Albion 1993: 56). Seit den 1980er Jahren wurde dies auch durch eine offene Diskriminierungs- und Repressionspolitik durch die mazedonische Republikführung deutlich, die sich in einer Reihe von Gesetzes- und Verfassungsänderungen zuungunsten der albanischen Minderheit niederschlug (Willemsen/ Troebst 2001: 305). Vermehrte Restriktionen in der Frage der Schulausbildung wurden begleitet von starken Einschränkungen bezüglich des Gebrauchs der Minderheitensprache im dienstlichen und öffentlichen Bereich. Einen vorläufigen Höhepunkt fanden diese Maßnahmen in einer Neudefinition des Republikstatus, mit der die bisherige Erwähnung der albanischen Minderheit aus der Verfassungspräambel gestrichen wurde (Mickey/ Albion 1993: 57).

Die Albaner reagierten hierauf mit zunehmendem Widerstand und Forderungen nach mehr politischer Autonomie innerhalb des mazedonischen Staates. Die 1991 abgehaltene Volksabstimmung über die staatliche Unabhängigkeit Mazedoniens von Jugoslawien wurde von den Albanern mehrheitlich boykottiert. Diese forderten im Gegenzug ein Jahr später, in einem illegalen Referendum, eine territoriale Autonomie für ihre Siedlungsgebiete im Westen und Nordwesten des Landes (ebd. 65). Im Zuge dieser Autonomiebestrebungen wurde 1994 in Südwestmazedonien eine albanische „Republik Ilirida“ ausgerufen. Gegenüber diesen vornehmlich symbolischen Handlungen spitzte sich der Konflikt mit der Gründung einer privaten albanischen Universität auf die Bildungspolitik zu (Szajkowski 2000: 254-255). Weil die Lehrsprache der mazedonischen Universitäten in der Vergangenheit ausschließlich das Mazedonische war, hatten die albanischen-mazedonischen Studenten die Universität Priština der südserbischen Provinz Kosovo besucht. Als dies im Verlauf der repressiven Konsolidierung des serbischen Milošević-Regimes nicht mehr möglich war, wurde 1994, mit Unterstützung von allen albanischen Parteien, eine privat finanzierte Universität im mazedonischen Tetovo gegründet. Von der Regierung in Skopje wurde diese Einrichtung als illegal angesehen.

Zu einem fundamentalen politischen Dissens in Fragen der Verfassung, Staatsbürgerschaft, kultureller Rechte, Bildung und politischer Partizipation (vgl. Mickey/Albion 1993: 69-78) traten unterschiedliche Konfliktwahrnehmungen. Bedingt durch Sprachbarrieren und die geringe soziale Interaktion zwischen den Volksgruppen hatten sich in beiden Teilgesellschaften getrennte Öffentlichkeiten und Vorstellungswelten entwickelt, in denen die Akteure die gesellschaftlichen Problemlagen und deren Ursachen jeweils subjektiv interpretierten. Den Albanern zufolge rechtfertigte eine als allseitig wahrgenommene Diskriminierung die Forderung nach einer stärkeren Autonomie für ihre Bevölkerungsgruppe und eine insgesamt stärkere Föderalisierung des Landes. Die slawischen Mazedonier sahen hierin dagegen den Auftakt für eine Spaltung des Staates und eine langfristig unvermeidliche Sezession der albanischen Siedlungsgebiete (Hatschikjan 2001: 325). Zu verbreiteten Auto- und Heterostereo-

typen traten damit auch Bedrohungswahrnehmungen entlang ethnischer Kollektivunterscheidungen.⁵

Veränderung globaler Kontexte

Postsozialistische Opportunitäten: Klientelismus und Kriminalisierung.

Die Machtbalancen dieser Akteursfiguration begannen sich jedoch mit dem verstärkten Ineinandergreifen globaler Dynamiken und innerstaatlicher sozialer Prozesse zu verschieben. Die veränderten internationalen Bedingungen seit Ende der 1980er Jahre und die Umbrüche in der sozialistischen Staatenwelt leiteten in Mazedonien, wie überall in Osteuropa, politische und marktwirtschaftliche Reformen ein. Gestiegenen Erwartungen von außen an den Fortgang der Demokratisierung standen zunehmende Restriktionen der Herrschaftssicherung im Innern gegenüber.

Der Zwang zur Demokratisierung des Systems ging einher mit der politischen Mobilisierung der Albaner und verstärkt vorgetragenen Partizipationsforderungen (vgl. Szajkowski 2000: 255-260). Eine ihrer Hauptforderungen bestand in einer besseren Vertretung in den staatlichen Institutionen. Nach einer Volkszählung von 1994 stellten die Albaner mit 22,9 Prozent die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe Mazedoniens dar (Willemsen 2001: 14). Gemessen daran blieb ihre Repräsentation im Staatsapparat marginal. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre betrug ihr Personalanteil im Außenministerium nur etwa 7 Prozent, im Finanzministerium 5 Prozent und in den höheren Rängen von Polizei und Militär gerade mal um die 3 Prozent (ebd; European Stability Initiative 2002a: 5). Unter den Bedingungen des Systemwechsels verstärkte sich jedoch für die Machthaber der Zwang, die Legitimitätsdefizite des Staates durch die klientelistische Inklusion der Albaner auszugleichen. Deshalb stieg ihr Gesamtanteil an den öffentlichen Bediensteten von 3 Prozent im Jahr 1993 auf 10 Prozent im Jahr 2001 (Brunnbauer 2001: 168). Seit 1992 war darüber hinaus eine der beiden großen albanischen Parteien fortlaufend an der Regierung beteiligt.

Ausbalanciert wurde dieses Konsensregime vom Präsidenten Kiro Gligorov, der es dekretiert und auf seine Person zugeschnitten hatte (Willemsen/ Troebst 2001:

⁵ Vgl. ausführlich zu den diesbezüglichen symbolischen Ordnungen Cowan (2000).

312). In der Folge etablierten sich die albanischen und slawisch-mazedonischen Parteien als konkurrierende Patronagenetzwerke, in denen politische Unterstützung gegen ökonomische Chancen getauscht wurden. (Hatschikjan 2001: 323; Brunnbauer 2001: 169-170). Deshalb ging ein Wechsel der Regierungen stets mit einem kompletten Austausch des Personals in der Verwaltung und in staatlichen Unternehmen einher (Kusovac 2001: 17; Pearson 2002: 4). Verschiedene Koalitionsregierungen und Fraktionskämpfe in beiden Lagern machten deutlich, dass das Feld dieser Beziehungen beweglich blieb. Sowohl Patrone als auch Klienten versuchten stetig, ihre Positionen zu verbessern. Zum Ausdruck kam dies in wechselnden Fronten zwischen „radikalen“ und „moderaten“ Kräften. Während die an der Regierung beteiligten Parteien beider Lager ihren Willen zum interethnischen Konsens betonten, vertraten sie nach einem Machtwechsel in der Opposition die am stärksten nationalistisch ausgerichteten Positionen. Die von der Opposition in die Regierung wechselnden Parteien beschritten dagegen den umgekehrten Weg (Willemsen 2001: 24; Hatschikjan 2001: 322-323). Die Einbindung der albanischen Parteien in die Regierung selbst dann, als es zur demokratischen Mehrheitsbildung nicht mehr nötig war (Willemsen/Troebst 2001: 309), indizierte nur die Fragilität der staatlichen Herrschaft, die sich über klienteläre Einbindungen stabilisieren musste.

Diese Politik der Herrschaftssicherung fiel jedoch zum einen mit dem Zwang zusammen, den öffentlichen Sektor zu reduzieren, während es dem Staat zum anderen nicht gelang, den informalisierten Privatsektor zu besteuern. Das westmazedonische Tetovo lieferte nur 2-3 Prozent des totalen Steueraufkommens des Staates, obgleich es eines der wichtigsten Zentren privater Geschäftstätigkeit darstellt (European Stability Initiative 2002a: 9). Deshalb dehnte sich die staatliche Akkumulation ökonomischer Ressourcen auf irreguläre Zirkulationssphären aus. Zum Ausdruck kam dies in einer zunehmenden Kriminalisierung der Politik (International Crisis Group 2002). So kamen bei Privatisierungen immer wieder den Parteien nahestehende Unternehmer zum Zug, die Staatsvermögen zu äußerst niedrigen Preisen aufkaufen konnten. Gleichzeitig verfügen die Parteien selbst über Anteile am ehemaligen staatlichen Vermögen. Die slawisch-mazedonische VMRO-DPMNE ist Besitzer mehrerer Agrarkooperativen und Anteilseigner von Banken sowie der jüngst privatisierten einzigen Kupfer- und Goldmine (International Crisis Group 2001: 12-13). Für dieses

Geflecht von Firmen, Parteien und staatlicher Verwaltung ist die durchgehende Verkopplung politischer und ökonomischer Chancen kennzeichnend.⁶ Die Einbindung dieses Feldes in die globale Schattenökonomie beschleunigte sich durch regionale Konstellationen, namentlich durch das 1992 gegen Restjugoslawien verhängte UN-Embargo und die zunehmende Informalisierung der Ökonomie in Albanien seit Mitte der 1990er Jahre (vgl. Miletitch 1998). Der Schmuggel von Drogen, Waffen, Benzin und Zigaretten sowie finanzielle Transaktionen für Firmen des Milošević-Regimes vollzog sich unter stetiger Teilnahme staatlicher Stellen.⁷

Postsozialistische Restriktionen: das Problem der Akkomodation

Die klientelistische Einbindung Weniger vermochte jedoch nicht die sozialen Verwerfungen abzufedern, die im Zuge weltmarktvermittelter Zwänge immer deutlicher zu Tage traten. In den 1980er Jahren war Jugoslawien im Zuge einer globalen Rezession unter Peripherisierungsdruck geraten. Von den internationalen Kreditgebern geforderte Strukturanpassungsprogramme setzten die kommunistischen Machthaber durch das Einfrieren von Löhnen und Gehältern und die Reduzierung des öffentlichen Sektors um (Woodward 1995). In Mazedonien kündeten seit Mitte der 1980er Jahre ein Rückgang der Industrieproduktion und die im jugoslawischen Vergleich zweithöchste Arbeitslosenquote vom Ende der „sozialistischen Marktwirtschaft“. Diese Entwicklungen setzten sich mit dem Beginn der postsozialistischen Liberalisierung und Privatisierung ungebremst fort und führten zur Verarmung breiter Bevölkerungsteile (Perry 1997: 261-264). Nach zurückhaltenden Schätzungen bewegt sich die Arbeitslosenrate seit 1995 zwischen 30 und 35 Prozent.⁸

Die beiden Gemeinschaften wurden von diesen Prozessen unterschiedlich betroffen. Hatte die urbanisierte Mittelschicht der slawischen Mazedonier im zweiten Jugoslawien über Jahrzehnte hinweg durch politische Patronage Posten im öffentlichen Sektor bekleidet, so wurde sie jetzt umso härter von dessen Reduzierung getroffen (vgl. European Stability Initiative 2002b: 4). Unter den Albanern hatte dagegen die Arbeitsmigration in die Länder der OECD-Welt lange Zeit ein Mittel dargestellt,

⁶ Zu weiteren Beispielen vgl. International Crisis Group (2002) und Brunnbauer (2001: 179).

⁷ Milivojević (1995: 68); Miletitch (1998: 54-57; 107-109); International Crisis Group (2001: 13).

⁸ Vgl. United Nations Development Report (2001: 23); Georgievski/ Škarić (2000: 91).

dem ökonomischen Ausschluss in ihrem Heimatland zu entkommen. Dieser Ausweg wurde jedoch mit den veränderten internationalen Bedingungen blockiert, als im Zuge der globalen Konjunkturkrise in den europäischen Staaten der Arbeitskräftezuzug gestoppt und die allgemeine Visumpflicht eingeführt wurde. Letztere wurde gegenüber Mazedoniern nicht zuletzt im Kontext der UN-Resolutionen gegen Restjugoslawien und des Konfliktes um die offizielle Staatsbezeichnung Mazedoniens restriktiv gehandhabt. Die in ihrer Heimat verbliebenen Albaner wurden seit den 1980er Jahren in den informalisierten und relativ prosperierenden Privatsektor abgedrängt (Mickey/ Albion 1993: 75). Finanziert wurden die dortigen Geschäfte nahezu ausschließlich durch Auslandsüberweisungen der albanischen Diaspora (European Stability Initiative 2002b: 19). Teilen der albanischen Minderheit ermöglichte dieses Renteneinkommen zwar einen bescheidenden, wenn auch stets prekären ökonomischen Wohlstand. Es verteilte sich jedoch nicht auf die Mehrheit dieser Gruppe und es schuf kaum neue Formen der Beschäftigung.

Unter den jungen Männern beider Gemeinschaften betrug die Arbeitslosigkeit Ende der 1990er Jahre bis zu 64 Prozent (European Stability Initiative 2002a: 6). Damit hängt zusammen, dass nationalistische Haltungen unter der jungen Generation am ausgeprägtesten sind (Willemsen 2001: 15). Bei den von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen jugendlichen Albanern verband sich eine lebenslange Erfahrung sozialen Ausschlusses zusätzlich mit politischer Perspektivlosigkeit. Vorherrschend war die Wahrnehmung eines illegitimen Staates, der in erster Linie repressiv, aber nicht als Geber auftritt, in den ländlichen albanischen Gebieten abwesend ist und dort weder ausreichende öffentliche Einrichtungen, noch Infrastrukturen oder gar Beschäftigung bereitstellt.⁹ Als illegitim wurde aber auch die Herrschaft der vornehmlich ihre persönlichen Interessen verfolgenden albanischen Elite angesehen. Schon früh artikulierte sich die Unzufriedenheit der Albaner mit ihren politischen Vertretern (Mickey/ Albion 1993: 68). Die Politik der klientelistischen Inklusion hatte zur Aufspaltung des albanischen Lagers geführt in solche, die in die Regierung eingebunden waren und solche, die es nicht waren. Vereinbarte Kompromisse auf

⁹ Zur Präsenz des mazedonischen Staates auf dem Land vgl. beispielhaft European Stability Initiative (2002b: 23-26).

Regierungsebene wurden stets nur von einer Minderheit getragen (Willemsen 2001: 23).

Gewaltsame Herausforderung des Staates

Vor dem Hintergrund der skizzierten sozialen und politischen Ordnung im postsozialistischen Mazedonien lässt sich die Formierung der *Ushtria Çlirimtare Kombëtare* (UÇK, Nationale Befreiungsarmee)¹⁰ nur zu einem Teil als Eskalation der zwischen Titulnation und Minderheit bestehenden Widersprüche begreifen. Zum anderen Teil ist sie als gewaltsame Herausforderung der albanischen Patronagenetzwerke durch die Nicht-Integrierten dieser Minderheit zu verstehen, in der verschärft um politische und ökonomische Machtchancen konkurriert wird. Die Mobilisierung der mazedonischen UÇK verdankte sich aber den intensivierten internationalen Interdependenzen.

Zum Verständnis der Genese der albanischen Guerilla ist die Differenzierung von Leitern und Gefolgschaft hilfreich. Die Gefolgschaft der UÇK rekrutierte sich aus der Masse der in Mazedonien lebenden Albaner. Die Leitungsebene dagegen zeichnete sich durch ihr mobiles Agieren auf internationalisierten Handlungsfeldern aus, auf denen regionale und international verfügbare Machtmittel akkumuliert und die notwendige Gewaltexpertise gesammelt wurde. Die Führer agierten aus der Diaspora heraus und den angrenzenden Staaten, insbesondere dem Kosovo, wo sie studiert und sich unter dem repressiven serbischen Regime politisch radikalisiert hatten. Im dortigen Krieg (1998-1999) hatten die Initiatoren der mazedonischen UÇK wichtige Kampferfahrungen gesammelt und persönliche Kontakte geknüpft. Das Beispiel von vier Akteuren mag das verdeutlichen:

Als Gründungsmitglied der mazedonischen UÇK ist an erster Stelle der gebürtige Mazedonier Fazli Veliu zu nennen (Lipsius 2001a: 4) Veliu hat seit 1987 die schweizerische Staatsbürgerschaft inne und war langjähriger Auslandsvorsitzender der *Lëvizja Popullore e Kosovës* (LPK, Volksbewegung Kosovos), als deren militäri-

¹⁰ Diese Guerilla ist nicht zu verwechseln mit der seit Ende 1999 offiziell aufgelösten kosovoalbanischen *Ushtria Çlirimtare e Kosovës* (UÇK, Befreiungsarmee Kosovo), die dasselbe Kürzel verwendete. Diese Übereinstimmung ist indes kein Zufall, sondern indiziert personale Verflechtungen zwischen den Guerillas und die regionale Proliferation von Gewaltmitteln.

scher Arm wiederum die kosovoalbanische UÇK fungierte. An zweiter Stelle steht der Neffe Velius, Ali Ahmeti, der ebenfalls gebürtiger Mazedonier ist, seinen Wohnsitz in der Schweiz hat und gegenwärtig stellvertretender Vorsitzender der kosovarischen LPK ist (ebd. 4-5). Ahmeti war der politische Sprecher der mazedonischen UÇK. An dritter Stelle ist Emrush Xhemali zu nennen. Xhemali ist gebürtiger Kosovare mit schweizer Wohnsitz und galt zusammen mit Ahmeti als militärischer Koordinator der mazedonischen UÇK. Beide waren zugleich Mitbegründer der kosovoalbanischen UÇK (Brunnbauer 2001: 172-173). Stabschef der mazedonischen UÇK war der gebürtige Mazedonier Gëzim Ostremi. Als ehemaliges Mitglied der Jugoslawischen Volksarmee war er bis April 2001 stellvertretender Kommandeur im „Kosovo Protection Corps“, der offiziellen Nachfolgeorganisation der kosovarischen UÇK (Pettifer 2001: 12; Brunnbauer 2001: 173). Zur Finanzierung der mazedonischen UÇK flossen Gelder aus allen Diasporazentren, namentlich Deutschland, Kanada, USA, Italien und der Schweiz (Pettifer 2001: 13). Von außen mobilisiert schlossen sich Anfang 2001 in Nordmazedonien, an der Grenze zum Kosovo, Kämpfer verschiedener bewaffneter Gruppierungen¹¹ zusammen, um die mazedonische UÇK zu formieren. Obschon in ihr zunächst auch Kombattanten aus benachbarten Staaten kämpften¹², rekrutierte sich die Mehrheit der UÇK-Kämpfer, spätestens mit der Ausweitung der Kämpfe in die Nähe urbaner Zentren, aus jungen albanischen Mazedoniern.

Nachkrieg: Integration der Sieger

Die internationale Staatengemeinschaft, namentlich die EU und die NATO, hatten seit Ausbruch der Kämpfe versucht, in dem Konflikt zu vermitteln. Das Ergebnis der sich über mehrere Monate hinziehenden Verhandlungen mit den Führern der albanischen und mazedonischen Parteien bestand in grundlegenden politischen Reformen zur verbesserten Integration der albanischen Minderheit. Die Konfliktparteien unter-

¹¹ Aus dem Spektrum mehrerer im Untergrund operierender gewaltkompetenter albanischer Gruppierungen gab es bereits 1993 den ersten Versuch, eine paramilitärische Formation zu gründen (vgl. Xhudo 1993: 323-329). Im Januar 2000 bekannte sich eine *Armata Kombëtare Shqiptare* (AKSh, Albanische Nationale Armee) zu einem Anschlag auf einen Polizeiposten (Lipsius 2001b).

¹² Vgl. International Crisis Group (2001: 1-6) und zu den gewaltkompetenten albanischen Gruppierungen im Kosovo und in Südserbien Heinemann-Grüder/ Paes (2001) und Hensell (2001).

zeichneten ein Rahmenabkommen über vorgesehene Verfassungs- und Gesetzesänderungen. Das „Abkommen von Ohrid“ erfüllte zentrale Forderungen der albanischen Seite. Die Albaner wurden als staatenbildendes Volk in der Präambel der mazedonischen Verfassung anerkannt und das Albanische wurde in den Rang einer offiziellen Sprache erhoben. Ferner wurde eine allgemeine Stärkung der lokalen Selbstverwaltung und eine Ausweitung der politischen und kulturellen Partizipationsmöglichkeiten für Minderheiten beschlossen sowie eine Steigerung des Anteils der Albaner gemäß ihrem Bevölkerungsanteil in den staatlichen Institutionen. Das Friedensabkommen sah ferner im Austausch gegen die Gewährung einer Amnestie die Demobilisierung der UÇK vor. Diese, obgleich nicht direkt in die Verhandlungen einbezogen, stimmte dem Abkommen zu. In der Vergangenheit hatten sich die politischen Forderungen der Guerilla kaum von denen der albanischen politischen Parteien unterschieden.

Der Kampf der UÇK für mehr Rechte der albanischen Minderheit ist vom Kampf um politische und ökonomische Machtchancen innerhalb des albanischen Lagers nicht zu trennen (vgl. Pearson 2002: 6). Erkennbar wird das an der Nachkriegsordnung, die sich durch die Integration der siegreichen Kombattanten in bestehende und neue Patronagenetzwerke auszeichnet. In Tetovo, der Hochburg der *Demokratischen Partei der Albaner* (DPA), übernahmen UÇK-Kämpfer zentrale Führungspositionen dieser Partei (Pettifer 2002: 90). Dem politischen Sprecher der Guerilla, Ali Ahmeti, wurde ebenfalls ein hoher Posten in der DPA angeboten (ebd.). Ahmeti's Strategie bestand jedoch darin, mit der *Demokratischen Union für Integration* (DUI) eine eigene Partei zu gründen und mit ihr in den Parlamentswahlen anzutreten, die als Teil des Friedensabkommens anberaumt wurden. Weil sich damit die Konkurrenz um Ämter erneut intensivierte, kennzeichnete auch diesen Wahlkampf das Changieren der albanischen Parteien zwischen moderaten und radikalen Positionen (vgl. Klein/Latifi (2002: 76-77). Aus den Parlamentswahlen vom September 2001 ging die Partei Ahmeti's als zweitstärkste Kraft hervor. Sie umfasst ehemalige Guerilla-Kämpfer sowie Mitglieder aus dem albanischen Parteienspektrum. Im politischen Gefüge platziert, ging die DUI eine Koalitionsregierung mit der slawisch-mazedonischen *Sozialdemokratischen Union Mazedoniens* ein. Die DUI forderte die Hälfte der Ministerien

(Klein/ Latifi 2002: 85) und die Verteilung von Ämtern der „zweiten und dritten“ Reihe nach einem 70:30-Schlüssel der Koalition (Oschlies 2002).

Ausblick

Der Modernisierungsprozess in Mazedonien, der mit dem sozialen und politischen Ausschluss der albanischen Minderheit und ihrer nur selektiven Inklusion im letzten Jahrzehnt einherging, hat die strukturellen Voraussetzungen für die Genese einer albanischen Guerilla geschaffen. Der Anstoß zur Formierung der UÇK kam jedoch von den Exilalbanern, die sich im Kosovo radikalisierten und die im westlichen Exil die Machtmittel akkumulierten, um den Staat in ihrer Heimat gewaltsam herauszufordern. Die Abwanderung der Marginalisierten, eine damals vermeintliche Lösung für die mazedonisch-jugoslawischen Machthaber, wird später zum Problem. Darin liegt die Dialektik des sozialen Wandels in Mazedonien.

Ob das Friedensabkommen vom August 2001 einen konsensualen Umgang zwischen den Volksgruppen befördert, dürfte wesentlich von der politischen Ökonomie der Nachkriegsordnung abhängen, in der der Staat nach wie vor der wichtigste Arbeitgeber ist (European Stability Initiative 2002b: 14-16). Die angestrebte stärkere Repräsentanz von Albanern im Staatsapparat stößt nicht nur auf den Widerwillen der urbanisierten Mittelschicht der slawischen Mazedonier, für die ein Posten im öffentlichen Sektor die einzige Möglichkeit ökonomischer Reproduktion darstellt. Sie steht auch im offenen Widerspruch zu den Forderungen internationaler Kreditgeber, die ihre Hilfen für Mazedonien von einer Verschlankung der dortigen Verwaltung abhängig machen (World Bank 1998: VIII, 13). Den Akkomodationsmöglichkeiten des mazedonischen Staates, der sich im wesentlichen durch internationale Unterstützungen finanziert, sind damit Grenzen gesetzt.

Das kommt auch in fortgesetzten Zusammenstößen zwischen gewaltkompetenten Akteuren wie zwischen der vom Innenminister faktisch privatisierten Spezialeinheit der *Lavovi* (Mazedonischen Löwen), der weiterhin agierenden *Armata Kombëtare Shqiptare* (AKSh, Albanische Nationale Armee) und der offiziell aufgelösten UÇK zum Ausdruck (Lipsius 2001b: 483-487). Sie indizieren die prekäre Stabilität des mazedonischen Nachkriegsarrangements.

Bibliographie

- Ackermann, Alice, 2000:** Making Peace Prevail: Preventing Violent Conflict in Macedonia, Syracuse.
- Allcock, John B., 2000:** Explaining Yugoslavia, London.
- Bianchini, Stefano / Schöpflin, George (Ed.), 1998:** State Building in the Balkans. Dilemmas on the eve of the 21st century, Ravenna.
- Brunnbauer, Ulf, 2001:** Historischer Kompromiß oder Bürgerkrieg? Makedonien sucht Antworten auf den albanischen Extremismus, in: Südosteuropa, Jg. 50/ No. 4-6, S. 159-189.
- Cowan, Jane K. (Ed.), 2000:** Macedonia. The Politics of Identity and Difference, London.
- Debats, Jean-Pierre, 1979:** Nationalités et Groups Ethniques en République Socialiste de Macédoine (Yugoslavie), in: Revue Géographique de l'Est, Tom. 19/ No. 1-2, S. 67-85.
- European Stability Initiative, 2002a:** The Other Macedonian Conflict, ESI Discussion Paper, 20 Februar 2002, Berlin.
- European Stability Initiative, 2002b:** Ahmeti's Village. The Political Economy of Interethnic Relations in Macedonia, 1 October 2002, Skopje/ Berlin.
- Georgievski, Petre/ Škarić, Svetomir, 2000:** The Republic of Macedonia, in: Henriette Riegler (Ed.), Transformation Processes in the Yugoslav Successor States between Marginalization and European Integration, Baden-Baden, S. 85-102.
- Hartmann, Jürgen, 1998:** Politik auf den Trümmern der Zweiten Welt. Russland, Osteuropa und die asiatische Peripherie, Frankfurt a. M.
- Hatschikjan, Magarditsch, 2001:** Reparierte Nationen, separierte Gesellschaften. Makedonien und seine neue große Frage, in: Osteuropa, Jg. 51/ No. 3, S. 316-330.
- Heinemann-Grüder, Andreas/ Paes, Wolf-Christian, 2001:** Wag the Dog. The Mobilization and Demobilization of the Kosovo Liberation Army, Bonn International Center for Conversion, brief 20, Bonn.

- Hensell, Stephan, 2001:** Jugoslawien (Kosovo), in: Thomas Rabehl/ Wolfgang Schreiber (Hg.), Das Kriegsgeschehen 2000. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Opladen, S. 261-265.
- International Crisis Group, 2001:** The Macedonian Question: Reform or Rebellion, Balkans Report No. 109, 5 April 2001, Skopje/ Brussels.
- International Crisis Group, 2002:** Macedonia's Public Secret: How Corruption drags the Country down, Balkans Report No. 133, 14 August 2002, Skopje/ Brussels.
- Jung, Dietrich, 1995:** Tradition - Moderne - Krieg. Grundlegung einer Methode zur Erforschung kriegsursächlicher Prozesse im Kontext globaler Vergesellschaftung, Münster.
- Jung, Dietrich/ Schlichte, Klaus/ Siegelberg, Jens, 2003:** Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt 1945-2001, Opladen.
- Klein, Andreas/ Latifi, Veton, 2002:** Die Opposition gewinnt die Parlamentswahlen in Mazedonien, in: KAS-Auslandsinformationen 10/2002, S. 73-89.
- Kusovac, Zoran, 2001:** Macedonia teeters on the brink of disaster, in: Jane's Intelligence Review Vol. 13/ No. 6, S. 16-19.
- Lipsius, Stephan, 2001a:** Die neue UÇK in Makedonien und die politische Entwicklung in Kosovo, in: Südosteuropa Jg. 50/ Nr. 1-3, S. 1-16.
- Lipsius, Stephan, 2001b:** Wer ist die AKSH in Makedonien?, in: Südosteuropa Jg. 50/ Nr. 10-12, S. 472-487.
- Mickey, Robert W./ Albion, Adam Smith, 1993:** Success in the Balkans? A Case Study of Ethnic Relations in the Republic of Macedonia, in: Ian M. Cuthbertson/ Jane Leibowitz (Eds.), Minorities: The New Europe's Old Issue, Prag, S. 53-98.
- Miletitch, Nicolas, 1998:** Trafics et crimes dans le Balkans, Paris.
- Milivojevic, Marko, 1995:** The 'Balkan Medellin', in: Jane's Intelligence Review, Vol. 7/ No. 2, S. 68-69.
- Oschlies, Wolf, 2002:** Makedonien: Neue Regierung mit „konstruktiven“ Albanern? Die „Demokratische Union für Integration“ probt republikanische Loyalität. Internetpublikation: <www.swp-berlin.org/produkte/brennpunkte>

- Palmer, Jr., Stephen E./ King, Robert R., 1971:** Yugoslav Communism and the Macedonian Question, Hamden.
- Pearson, Brenda, 2002:** Putting Peace into Practice. Can Macedonia's New Government Meet the Challenge?, United States Institute of Peace, Special Report November 2002. Internetpublikation: <www.usip.org>
- Perry, Duncan M., 1997:** The Republic of Macedonia: finding it's way, in: Karen Dawisha/ Bruce Parrott (Eds.), Politics, power, and the struggle for democracy in South-East Europe, Cambridge, S. 226-281.
- Pettifer, James, 2001:** Former Yugoslav Macedonia- The Shades Of Night?, Conflict Studies Research Centre, No. G 98, Surrey.
- Pettifer, James, 2002:** Ali Ahmeti and The New Albanian Political Party in FYROM, in: Südosteuropa, Jg. 51/ No. 1-3, S. 88-92.
- Reuter, Jens, 1993 :** Makedonien – der jüngste Staat auf der europäischen Landkarte, in : Aus Politik und Zeitgeschichte B 37/ 93, S. 21-29.
- Roux, Michel, 1992:** Les Albanais en Yougoslavie. Minorité nationale territoire et développement, Paris.
- Schlichte, Klaus, 1996:** Krieg und Vergesellschaftung in Afrika. Ein Beitrag zur Theorie des Krieges, Münster/ Hamburg.
- Siegelberg, Jens, 1994:** Kapitalismus und Krieg. Eine Theorie des Krieges in der Weltgesellschaft, Münster/ Hamburg.
- Srubar, Ilja, 1991:** War der reale Sozialismus modern? Versuch einer strukturellen Bestimmung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43/ Nr. 3, S. 415-432.
- Sterbling, Anton, 1993:** Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften, Hamburg.
- Szajkowski, Bogdan, 2000:** Macedonia. An unlikely road to democracy, in: Geoffrey Pridham/ Tom Gallagher (Ed.), Experimenting with Democracy. Regime Change in the Balkans, London, S. 249-272
- Todorova, Maria, 1997:** Imagining the Balkans, New York.
- Troebst, Stefan, 1992:** Makedonische Antworten auf die "Makedonische Frage" 1994-1992: Nationalismus, Republikgründung, nation-building, in: Südosteuropa, Jg. 41/ No. 7-8, S. 423-442.

- United Nations Development Report, 2001:** National Human Development Report. Social Exclusion and Human Insecurity in FYR Macedonia, Skopje.
- Willemsen, Heinz, 2001:** Republik Makedonien. Innenpolitische Konflikte und Gefährdungen eines jungen Staates in einer instabilen Region, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie S 6, Berlin.
- Willemsen, Heinz/ Troebst, Stefan, 2001:** Transformationskurs gehalten. Zehn Jahre Republik Makedonien, in: Osteuropa Jg. 51/ No. 3, S. 299-315.
- Woodward, Susan L., 1995:** Socialist Unemployment. The Political Economy of Yugoslavia, 1945-1990, Princeton.
- Worldbank, 1998:** FYR Macedonia Country Economic Memorandum. Enhancing Growth, 30 November 1998, Washington DC.
- Khudo, Gus, 1993:** Macedonia: The Trouble from Within, in: Terrorism and Political Violence, Vol. 5/ No. 4, S. 311-335.